

32. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 23. JANUAR 2007

Vorlage Nr. 908

ANTRAG

Zu TOP

13

A N T R A G

des Stadtrats Klaus Stapf und der Stadträtin Anne Segor (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 14. November 2006

Einführung des Gemeinnützigen Bildungsjahres (GBJ) in Karlsruhe

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Einführung des "Gemeinnützigen Bildungsjahres" vorzulegen und damit die Realisierung zum Schuljahresanfang 2007/2008 vorzubereiten.

Sachverhalt/Begründung:

In Stuttgart wird mit großem Erfolg seit 2002/03 das Gemeinnützige Bildungsjahr (GBJ) durchgeführt. Dabei arbeiten motivierte und qualifizierte Jugendliche (Voraussetzung: Abitur) in Dienststellen der Kommunalverwaltung oder in Kulturinstitutionen.

Die Idee zielt darauf, mit den Kommunen neue Träger (z. B. kulturelle Institutionen) für einen Jugendfreiwilligendienst im Rahmen der bundesgesetzlichen Regelungen "FSJ" zu gewinnen. Dabei ist sowohl die Weiterzahlung des Kindergeldes durch die Bundesanstalt für Arbeit sichergestellt als auch die Regelförderung für FSJ-Plätze durch die Regierungspräsidien in Baden-Württemberg. Außerdem wird das GBJ für junge Männer vom Bundesamt für den Zivilen Ersatzdienst in Köln anerkannt.

Die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen (deren Einhaltung für die Gewährung des Kindergeldes, für die Anerkennung als Zivi-Platz wie auch für die Förderung durch das Land Baden-Württemberg maßgeblich ist) sehen vor:
Vertraglich festgelegte Dienstzeit - angelehnt an TVÖD - von 12 Monaten
Eine Bindung an bestimmte Tätigkeitsfelder (ökologisch, sozial) ist nicht erforderlich: Gemeinwesenarbeit und kulturelle Arbeit sind möglich.
Weiterbildungsangebote wie Einführungs-/Abschlussseminare und begleitende Veranstaltungen von mindestens 25 Tagen. Diese werden durch die Volkshochschule und die Landeszentrale für Politische Bildung im Rahmen eines Vertrages mit der Landeshauptstadt (Pilotcharakter, ausweitbar auf andere Städte) zu 50 % der

tatsächlichen Kosten wahrgenommen.

Die Finanzierung basiert in Stuttgart auf
Kindergeld (direkt an die Eltern ausbezahlt)
Zuschüssen des Regierungspräsidiums
Kostenermäßigung durch die landeszentrale für Politische Bildung und
Volkshochschule
Mittel Dritter (Einsatzstellen außerhalb der Stadtverwaltung, z. B.
kulturelle
Institutionen)
Eigenmittel (für die Stellen direkt bei der Stadtverwaltung)

Die Kosten für den Einsatz in Bezirksämtern, der OB-Stabsstelle und den
kulturellen Institutionen betragen pro Jahr und GBJ-Platz in Stuttgart
ca.
4.500 €. Darin enthalten sind 200,00 € Taschengeld, Sozial- Unfall- und
Krankenversicherungsbeiträge, Kosten für den ÖPNV und anteilige Kosten
für die
Weiterbildungsprogramme.

In Stuttgart hat sich gezeigt, dass ein Schwerpunkt des Einsatzes von
GBJ'ler/-
innen bei den kulturellen Institutionen liegt. Diese gewinnen motivierte,
qualifizierte und verlässliche Arbeitskräfte und können im Gegenzug den
jungen
Leuten Einblick in eine Arbeitswelt vermitteln, die sie - so zeigte die
Erfahrung - als spätere berufliche Möglichkeit schon länger ins Auge
gefasst
haben.

Aber auch der Einsatz in der Verwaltung hat für beide Seiten große
Vorteile:
die motivierten und interessierten Freiwilligen mit dem Wunsch, ein
Studium
Richtung Diplomverwaltungswirt oder einer ähnlichen Studienrichtung
aufzunehmen, erhalten realistische Einblicke in die kommunale Verwaltung.
Auf
diese Weise kann die Stadt qualifiziertes Personal für spätere
Leitungsfunktionen gewinnen. Auf der anderen Seite werden in allen
Institutionen der Bürgerservice verbessert und Projekte insbesondere im
Bereich
Gemeinwesenarbeit, Kommunale Kriminalprävention, Freiwilligenagentur
umgesetzt,
die ohne das GBJ nicht denkbar wären.

Ohne dies von vornherein festsetzen zu wollen, sollte auch geprüft
werden, ob
in Karlsruhe neben Abiturienten/-innen motivierte und engagierte
Jugendliche
mit mittleren Bildungsabschlüssen am GBJ teilnehmen könnten, da die
Fixierung
auf den Schulabschluss "Abitur" eine Stuttgarter Entscheidung darstellt,
die
nirgends zwingend vorgegeben ist.

gez. Klaus Stapf
gez. Anne Segor

Hauptamt - Sitzungsdienste -
12.01.2007